

WIN-Fraktion im Rat der Stadt Nettetal · Postfach 1462 · 41304 Nettetal

Herrn
Bürgermeister der Stadt Nettetal Christian Wagner
Doerkesplatz 11
41334 Nettetal

Rathaus
Lobberich, Doerkesplatz 5

1. OG

Auskunft erteilt:
**Hajo Siemes/Andreas Zorn/Bruno
Schmitz**

Telefon: 02153 898-8505
Telefax: 02153 898-98505

E-Mail:
win-fraktion@nettetal.de

Datum
4. November 2015

Durchschrift an alle im Rat vertretenen Fraktionen

Gebündelte Einzelanträge gem. § 15 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse zur Vorlage Nr. 0601/2014-20, die zu einem Haushaltsüberschuss sowie zum Abbau des strukturellen Defizits auf Null schon in 2016 führen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wagner,

ich bitte Sie, die Zusammenfassung unserer Einzelanträge auf die Tagesordnung der heutigen Ratssitzung sowie auf die des nächsten Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss zu nehmen und zur Abstimmung zu stellen. Dies soll – wie zwischen den Fraktionen vereinbart – im HFWA geschehen.

Vorab möchten wir darauf hinweisen, dass hier unser Antrag auf Anpassung der Beitragssatzung nach § 8 KAG nicht berücksichtigt ist. Eine Entlastung findet nur im investiven Teil statt. Daher wird sich dieser Antrag nur mittelfristig positiv auf die Liquidität auswirken.

Ferner sind unsere Prüfanträge, die sich mittelfristig positiv auf die Konsolidierung auswirken, noch nicht enthalten.

Auch möchten wir gerne darauf hinweisen, dass es sich bei unseren Anträgen, sofern sie sich nicht mit den Vorschlägen der Verwaltung aus der Ratsvorlage Nr. 0601/2014-2020 decken, um einzeln zu beratende und zu entscheidende Anträge nach § 15 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse handelt. Um Kopierkosten zu sparen, beabsichtigen wir, diese Sachanträge in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss grundsätzlich mündlich vorzutragen. Einige wenige Anträge, insbesondere der Antrag auf Einführung der Pferdesteuer, werden wir schriftlich näher ausführen.

Abschließend möchte wir bemerken, dass, auch wenn sich der Antrag zu III.15. nicht oder nicht vollständig realisieren lässt, gleichwohl – bei Bejahung aller Anträge – der Haushalt 2016 ausgeglichen und das strukturelle Defizit nicht mehr vorhanden sein werden.

I. Ausgangssituation sowie Ergebnisse der WIN-Fraktion unter Berücksichtigung der Verwaltungsvorschläge, der GPA-Empfehlungen und eigener Anträge

1.	Defizit des HH-Entwurf nach Veränderungsliste vom 10.09.15	-3.241.100 €		
2.	Verbesserung per Saldo durch die von der Verwaltung am 21.10.15 vorgestellten, neusten Daten der letzten GFG-Modellrechnung.	323.000 €		
3.	Verbleibendes Defizit = Ausgangssituation	-2.918.100 €		
4.	Ausgangssituation	-2.918.100 €		Verringerung des St. Defizits 2017 ff.
5.	Unter Berücksichtigung von II. (Ausgabenseite)	1.853.843 €		1.853.843 €
6.	Unter Berücksichtigung von III. (Einnahmenseite)	2.228.732 €		1.195.344 €
7.	= verbleibender Haushaltsüberschuss 2016	1.164.475 €	bzw. Abbau des strukturellen Defizits	3.049.187 €

II. Anträge bzw. mitgetragene Verwaltungsvorschläge zur Reduzierung der Ausgabenseite:

	Beschreibung	Betrag	Begründung/ Berechnung/ Bemerkungen	Verringerung des St. Defizits 2017 ff.
1.	Stellenkürzung einer halben Stelle im FB Bürgerservice und Personenstandswesen	25.250 €	Verwaltungsvorschlag für die erste Stufe	25.250 €
2.	Stellenkürzung einer viertel Stelle im Bereich ZDI und Bildungskoordination	19.725 €	Verwaltungsvorschlag für die erste Stufe	19.725 €
3.	Stellenkürzung einer halben Stelle im Kulturbereich nach Einführung des Ticketing-Systems	23.300 €	Verwaltungsvorschlag für die erste Stufe	23.300 €
4.	Allgemeine Stellenkürzung um zwei weitere Stellen	100.000 €	GPA-Empfehlungen (u.a. FI-53 und GEW-15) Die von WIN beantragte, allgemeine Kürzung entspricht noch nicht mal 1 % der Stellen laut Stellenplan 2015. Alleine im Stellenplan 2015 sind die die Stellen um 8,8 Stellen gestiegen. Potentiale für weitere Stellenkürzungen sind laut GPA vorhanden, so z.B. durch das Zu-	100.000 €

			<p>sammenlegen von Fachbereichen und Einspareffekte beim Overhead.</p> <p>Auch wurden im HH-Entwurf 2016 auf S. 107 laut Kämmerer 0,5 Stellen im Bereich der Gefahrenabwehr zu viel berücksichtigt. Siehe auch S. 249 i.V.m. Antwortkatalog des Kämmerers vom 02.11.15 beim Produkt 05.03.04.</p> <p>Einsparpotentiale ergeben sich auch durch verzögerte Einstellungen und Wiederbesetzungssperre von 6 Monaten.</p> <p><u>Berechnung:</u> Alleine die Vergütung einer Schulsekretariatsstelle wurde von der GPA mit 44.187 € je Vollzeit-Stelle beziffert. Dies aufgerundet x 2.</p> <p><u>Mittelfristige Alternative:</u> Personalorganisationsuntersuchung durch externe Unternehmensberatung.</p>	
5.	Kürzung des Betriebskostenzuschusses an den NetteBetrieb	1.300.000 €	<p>Vorschlag der Verwaltung bezogen auf 2015: 10% Kürzung des Betriebskostenzuschusses.</p> <p>Wenn die Betriebsleitung des NetteBetriebs Mitte Oktober erklärt, dass sie 1.300.000 € in 2015 einsparen kann, kann Gleiches erst recht für 2016 gelten.</p> <p>Erreichbar unter anderem durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> * Streichung des Ausbaus der städtischen Kita Bongartzstiftung für zwei Gruppen (Ausbaukosten laut Wirtschaftsplan 2016 des NetteBetriebs: 1.000.000 €!). Der Bedarf an Kita-Plätzen kann vollständig gedeckt werden, indem der Neubau Kita Niedieckpark (Baukosten laut Wirtschaftsplan 2016 des NetteBetriebs: 2.600.000 €) gleich um zwei weitere Gruppen erhöht werden. Diese Kosten würden sich erhöhen, doch verbleiben Synergieeffekte durch die Vermeidung der doppelten Kosten für Planung, Architekt, Brandschutzsachverständiger, Vermesser, Bodengutachter, Statiker usw. * Reduzierung des nach Mittel- 	1.300.000 €

			<p>abflusses für den Bau von Flüchtlingsheimen verbliebenen Ansatzes für die Sanierung der Werner-Jaeger-Halle (laut WP: 2.855.000 €). Für die Dachsanierung sollen 250.000 € (geschätzt) im Ansatz belassen werden.</p> <p>* Reduzierung des Ansatzes bei den Verbrauchskosten bei der Hauptschule Kaldenkirchen, da abzusehen ist, dass beschlossen wird, dass die Schule ab 30.06.2016 auslaufend sein wird.</p> <p>* Reduzierung des Ansatzes für die Unterhaltskosten der Hauptschule in Lobberich. Ab Anfang September wird die HS durch ein Amtshilfeersuchen der Bezirksregierung genutzt. Sämtliche Kosten trägt das Land. Die Unterbringung wird mindestens bis Ende Februar erfolgen, so dass der bei Einbringung des HH Ansatz um mindestens 2/12 zu kürzen ist.</p> <p><u>Berechnung:</u> 291.671,77 € (Kostenstellenplan 2013) * 2/12 = 48.612 €.</p> <p>* Einsparungen bei den Sach- und Betriebsmittelkosten</p> <p>* Erhöhung von Mieten (laut WP NB 2016: 160.000 €) und Pachten (63.500 €)</p> <p>* GPA-Empfehlung (FI-25) Ansatz von Wiederbeschaffungszeitwerten in der Gebührenkalkulation Abwasser</p> <p>* Kalkulatorische Abschreibung</p> <p>Die letzteren beiden Punkte entsprechen auch einem FSK-Vorschlag 2006/2007 (20.06) mit einem Einsparpotential von 8.500 €.</p>	
6.	Schließung der Nebenstelle der Stadtbücherei in Kaldenkirchen	10.000 €	<p>Verwaltungsvorschlag für die erste Stufe</p> <p><u>Berechnung:</u> Siehe Antwortkatalog des Kämmers vom 02.11.15</p>	10.000 €
7.	Schließung der Verwaltungsnebenstelle in Breyell	21.000 €	<p>Verwaltungsvorschlag für die erste Stufe + GPA-Empfehlung (GEW-6)</p>	21.000 €
8.	Reduzierung der Öffnungszeiten des Bürgerservice um drei	24.844 €	<p>WIN-Antrag aufgrund des GPA-Berichts (GEW-6/7)</p>	24.844 €

	Stunden		<p>Laut GPA liegt der Mittelwert bei 36 Stunden. Nettotals Bürgerservice im Rathaus hat 43 Stunden geöffnet.</p> <p>Immer mehr Vorgänge werden über's Internet abgewickelt. Dem muss Rechnung getragen werden.</p> <p>Personaleinsparungen können dem FB 50 zu Gute kommen.</p> <p><u>Eigene Berechnung:</u> 0,5 * 49.687 € = 24.843,50 €.</p> <p>Im Antwortkatalog des Kämmers vom 02.11.15 konnte die Einsparung nicht beziffert werden, gleichwohl geht man von Einspareffekten aus.</p>	
9.	Einsparung bei den Sach- und Betriebsmittelkosten	52.000 €	<p>2011 gab es ein Planziel der Verwaltung, bei den Sach- und Betriebskosten 520.000 € einzusparen. WIN und Grüne hielten dieses Ziel seinerzeit für sehr ambitioniert.</p> <p>WIN geht davon aus, dass sich im Haushalt 2016 eine Einsparung von 10 % des ursprünglichen Planziels der Verwaltung realisieren lässt.</p>	52.000 €
10.	Schließung des Lehrschwimmbeckens (LSB) in Breyell	40.000 €	<p>Verwaltungsvorschlag (für die zweite Stufe)</p> <p>Diese Zahl ist fraglich und dürfte eher der Mindesteinspareffekt sein. Laut Kostenstellenbericht von 2013 hat das LSB insgesamt 97.623,59 € gekostet.</p> <p>Für notwendige Arbeiten an Wasser- und Heizungsleitungen fallen ca. 18.000 € an. Für ein Sanierungskonzept noch mal ca. 16.000 €, um den geschätzten, "notwendigen" Sanierungsaufwands von ca. 120.000 € zu bewerkstelligen. Dann kommen in den nächsten Jahren weitere Sanierungsmaßnahmen dazu: Betonsanierung (!), Dachreparatur (!!) und Toilettensanierung (!!!).</p> <p><u>Kurzfristige Alternative:</u> Veränderung der Öffnungszeiten des NetteBads sowie mit den Betreibern privater Schwimmbecken vertragliche Absprachen treffen, so dass die Kinder trotz Schließung des LSB genug Ausweichmöglichkeiten besitzen, um</p>	40.000 €

			Schwimmen zu lernen. <u>Mittelfristige Alternative:</u> Einreichung einer Projektskizze für die Aufnahme in das Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes zur Förderung der Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur und Einräumung von oberste Priorität.	
11.	Schließung der katholischen Grundschule Breyell	85.000 €	Verwaltungsvorschlag (nicht für die erste Stufe; jedoch in Kombination mit der Schließung des Lehrschwimmbeckens) Das Gebäude kann einer anderen Nutzung zugeführt werden. Zweit ungünstiges Verhältnis Kosten je SchülerIn. Zwei Grundschulen an einem Standort ist Luxus, während an anderer Stelle über die Schließung von einer Grundschule nachgedacht wird.	85.000 €
12.	Schließung der Grundschule in Leuth	65.000 €	Verwaltungsvorschlag (jedoch nicht für die erste Stufe) Berechneter monatlicher Aufwand pro Schüler pro Jahr ist in der Anlage zu Vorschlag 7 falsch. Insgesamt sieht der Entwurf des Kostenstellenberichts 2014 Kosten von 128.490 € vor. Unterrichtsqualität nicht mehr gesichert. Eltern orientieren sich bei Anmeldung ihrer Kinder daher zunehmend zu anderen GS, zumal auch einige Leuther Eltern ihre Kinder zur Schule fahren und damit so oder so fahren müssen. Weg zu anderen GS zumutbar. Höchstes Kostenverhältnis je SchülerIn je Monat.	65.000 €
13.	Streichung (einer Abo-Reihe) im Kulturprogramm bzw.. Kürzung des Ansatzes für Honorare einschließlich der Nebenkosten wie Tantiemen, GEMA usw.	45.000 €	FSK-Vorschlag 2006/2007 (NA 06) <u>Berechnung:</u> Der FSK-Vorschlag sieht ein Einsparpotential von nur 18.000 € vor. Jedoch liegen die Ausgaben für Honorar usw. laut Vorlage Nr. 0358/2014-20 bei 148.941,64 €. Diese Zahl entspricht auch in etwa der Ermächtigung an NetzeKultur, für die Spielzeit 2015/2016 im Kalenderjahr 2015 Verträge für Theater- und Kleinkunstgastspiele bis zu ei-	45.000 €

			nem Betrag von 155.000 € abzuschließen (Vorlage 0156/2014-2020). Im Antwortkatalog des Kämmerers vom 02.11.15 beträgt der Betrag für Honorare usw. 200.000 €, also 45.000 € mehr als die Ermächtigung. Also geht WIN davon aus, dass diese Summe durch Reduzierung im Kulturprogramm eingespart werden kann. (Derzeit liegt der Zuschussbedarf pro Eintrittskarte laut unseren Berechnungen bei ca. 30 €. Bei dieser wohlwollenden Kostenberechnung sind die Abschreibungskosten auf die WJH nicht berücksichtigt.)	
14.	Kürzung des freiwilligen Zuschusses an die freien Träger	22.750 €	GPA-Empfehlung (JU-14) <u>Berechnung:</u> Der freiwillige Zuschuss betrug im Prüfungsjahr 2014 ca. 455.000 €. Davon eine Kürzung von 5 %.	22.750 €
15.	Kürzung des Zuschussbedarfs für das Anrufsammeltaxi	16.500 €	Reduzierung des Zuschussbedarfs von 6,17 € je Fahrgast um einen € (HH-Entwurf S. 359) (2014 betrug der tatsächliche Zuschussbedarf pro Fahrgast 9,19 €!) <u>Mittelfristige Alternative:</u> Wie von der Verwaltung vorgeschlagen und von verschiedenen Fraktionen gefordert: Bürgerbusverein gründen, was zur Entlastung des AST führen könnte (Vorlage 0574/2014-2020)	16.500 €
16.	Kürzung der Fraktionszuwendungen	3.474 €	Kürzung der Geldleistungen an Fraktionen um 20 % (Anlage C, S. 61).	3.474 €
17.	Gesamt	1.853.843 €		1.853.843 €

III. Anträge bzw. mitgetragene Verwaltungsvorschläge zur Erhöhung der Einnahmeseite:

	Beschreibung	Betrag	Begründung/ Berechnung/ Bemerkungen	Verringerung des St. Defizits 2017 ff.
1.	Erhöhung der Grundsteuer B	201.698 €	GPA-Empfehlung (FI-29) Erhöhung auf den GFG-Hebesatz <u>Berechnung:</u> (laut Angaben Stu-	201.698 €

			fenplan) 14 Punkte x 14.407 € = 201.698 €	
2.	Erhöhung der Gewerbesteuer	159.950 €	GPA-Empfehlung (FI-29) Erhöhung auf den GFG-Hebesatz <u>Berechnung laut Angaben Stufenplan aus der LOK vom 26.08.15:</u> 7 Punkte Differenz zum GFG x (24.840 € ./ 1.990 € [für GewStUmlage]) = 159.950 €	159.950 €
3.	Erhöhung der Vergnügungssteuer, incl. besonderer Vergnügungssteuer	291.000 €	Verwaltungsvorschlag über 150.000 €; auch GPA-Empfehlung (FI-30) WIN beantragt die Erhöhung der Spielgerätesteuer mit Gewinnspielmöglichkeit im Rahmen des rechtlich zulässigen (20 % bzw. 18 %) Zahlen von der Kämmerei am 02.11.15 vorgelegt.	291.000 €
4.	Erhöhung der Hundesteuer	43.500 €	Verwaltungsvorschlag über 87.000 € für die erste Stufe WIN-Antrag: Angemessene Steigerung aber nur um 15 % und nicht um 30 %. <u>Alternative:</u> Den Verwaltungsvorschlag über zwei Jahre strecken.	43.500 €
5.	Einführung einer Zweitwohnungssteuer	100.000 €	Verwaltungsvorschlag für die erste Stufe	100.000 €
6.	Einführung einer Pferdesteuer	110.000 €	Gesonderter WIN-Antrag erfolgt. Geschätzte Gesamtzahl der Pferde im Stadtgebiet: ca. 700 Steuerpflichtige Pferde: ca. 600 <u>Berechnung:</u> 600 x 200 € = 120.000 € ./ Kosten Verwaltungsaufwand von 10.000 € (s. Einführung Zweitwohnungssteuer: 0,2 Stelle)	110.000 €
7.	Konsolidierungsbeitrag Krankenhaus	62.941 €	Die Verwaltungsvorlage Nr. 688/2009-14 vom 21.02.11 sah eine Steigerung des Konsolidierungsbeitrags städtischer Gesellschaften auf 200 T€ in 2013 und sogar eine Steigerung auf 300 T€ in 2014 ff. vor. WIN-Antrag: Aus Gründen der Gleichbehandlung mit der anderen 100%-igen Tochter Stadtwerke sollte das Krankenhaus	25.000 €

			und deren Untergesellschaften sich zumindest mit 10 % von ihrem Gewinn als Konsolidierungsbeitrag beteiligen.	
8.	Einführung von Parkgebühren	107.098 €	Verwaltungsvorschlag (für die 2. Stufe) WIN-Antrag: Sofort umsetzen!	205.518 €
9.	Anpassung der Straßenreinigungsgebühren	12.085 €	GPA-Empfehlung (FI-25) WIN-Antrag: Anteil des öffentlichen Interesses von 25 % auf 20 % reduzieren	12.085 €
10.	Beteiligung an den Straßenreinigungsgebühren beim Tulpensonntagszug	6.400 €	FSK- Vorschlag 2006/2007 (66.11) 50%ige Beteiligung an den Kosten durch die teilnehmenden Vereine (Staffelung nach Größe der Teilnehmer möglich)	6.400 €
11.	Erhöhung der Mieten und Pachten bzw. Korrektur des Ansatzes bei der Bongartzstiftung (HH-Entwurf 2016, S. 415)	25.000 €	Antwortkatalog des Kämmers vom 02.11.15: Auch durch die Neuausschreibung bei der Bongartzstiftung erbringt ein Mehrbetrag. Dieser konnte noch nicht zum Ansatz gebracht werden, da die Mehreinnahmen vom Rat am 30.09.15 beschlossen, der Entwurf jedoch vom 24.06.15 stammt. Es ergibt sich zwischen Ansatz i.H.v. 10.000 und Einnahmen von 35.000 € ein Differenzbetrag von 25.000 €. Des Weiteren sollen Mieten und Pachten auf die Angemessenheit überprüft werden.	25.000 €
12.	Vereinnahmung von Miete/Pacht für die Fremdnutzungen von städtischen Räumlichkeiten durch die Kreis-Musikschule und die Volkshochschule des Kreises	9.060 €	FSK-Vorschlag 2006/2007 (SIM 0402) Bisher wurden vom Kreis für die Nutzung der städtischen Räumlichkeiten keine Mieten/Pachten gezahlt.	9.060 €
13.	Grundstücksverkäufe aus der Aufgabe nicht genutzter Spielplätze	100.000 €	GPA-Empfehlung (GR-12) i.V.m. FSK-Vorschlag 2006/2007 (40.07) Einmaleffekt, Zahl geschätzt.	0 €
14.	Grundstücksverkauf der Leuther Grundschule	500.000 €	Verwaltungsvorschlag bei Schließung der GS Leuth 4.634 qm * 125 €/qm = 579.250 €. Mindestest-Ansatz, da in angrenzenden Bebauungsgebiet 135 €/qm gezahlt werden, dieses Grundstück aufgrund der Lage aber deutlich attraktiver ist. ./. Abbruchkosten von 100.000 € verbleiben ca. 500.000 € als	0 €

			Einmaleffekt <u>Alternativ</u> könnte sich auch ein Einspareffekt ergeben, wenn das Gebäude für Flüchtlinge genutzt werden könnte und ein Neubau deswegen entfällt.	
15.	Spendenzufluss in ein städtisches Stiftungsvermögen vom Förderverein Doppelturnhalle Kaldenkirchen e.V.	500.000 €	Einseitiges Schuldversprechen des Fördervereins, das bisher so nicht eingehalten wurde. Einmaleffekt. <u>Alternativ:</u> Wenn der Förderverein abschließend nicht zahlen kann oder will, sollte er der Stadt wenigstens das Grundstück, das der Förderverein geschenkt bekommen hat und der Schenker ursprünglich der Stadt schenken wollte, überschreiben, um seine Schuld zu begleichen. Geht das Doppelturnhallengrundstück ins Eigentum der Stadt über, spart die Stadt die nächsten 94 Jahre Erbbaupacht (nominal: 576.502 €).	6.133 €
16.	Gesamt	2.228.732 €		1.195.344 €

Mit freundlichen Grüßen



Hajo Siemes, Fraktionsvorsitzender